

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 30
Juli 2017

Rechtsschwenk vollzogen

SPD, BfM und CDU wählen Stötzel (CDU) zum Bürgermeister

Die neue Mitte-Rechts-Konstellation aus CDU, SPD und BfM im Stadtparlament hat ihre politischen und personellen Weichen gestellt. Die Grundlage dieses Bündnisses - als Koalition partout nicht bezeichnen lassen - bleibt mehr als vage. Auf gerade einmal zwei Seiten werden die politischen Vorhaben für Marburg formuliert. Oberstes Ziel bleibt die Spar- und Kürzungspolitik beim städtischen Haushalt. Wie die Sparziele erreicht werden sollen, ohne weitere drastische Einschnitte im Sozial- und Kulturbereich vorzunehmen, bleibt das Geheimnis der neuen Mehrheitsfraktionen. Es folgt ein Bekenntnis zum Bildungsbauprogramm (BiBaP), welches die Investitionen im Schulbereich lediglich in etwa derselben Höhe

wie zu Zeiten von „Rot-Grün“ fest schreibt. Das Kita-Bauprogramm (KiBaP) hingegen ist in Wahrheit ein Kürzungsprogramm. Hier werden die Investitionen deutlich heruntergefahren. In der Verkehrspolitik erfolgt mit der Forderung nach mehr Parkraum in der Innenstadt eine Rolle rückwärts. In der Wohnungspolitik wird mehr bezahlbarer Wohnraum gefordert, ohne sich zu einer Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu bekennen.

Aber auch personell nimmt die Mitte-Rechts-Konstellation mit der Wahl von Wieland Stötzel (CDU) und Kirsten Dinnebie, die aus der Gewerkschaftsbewegung kommt und zum linken Flügel der SPD gezählt wird, droht in dieser Konstellation durch die Haushaltskürzungsplänen von CDU und SPD kaltgestellt zu werden.

Rechnerisch gibt es im Marburger Stadtparlament noch immer eine Mehrheit für eine Politik des sozialen und ökologischen Fortschritts. Finanziert durch eine höhere Besteuerung der ansässigen Unternehmen, könnten weitere Investitionen in die soziale und kulturelle Infrastruktur, in den sozialen Wohnungsbau und in den ÖPNV ermöglicht werden. Auch in Zeiten von Mitte-Rechts wird die Marburger Linke das neue Bündnis mit diesen Anliegen konfrontieren und sich konsequent für diese Ziele einsetzen.

Jan Schalauske

Kommentar

Augen zu und durch

Der CDU-Fraktionsvorsitzende und neue Bürgermeister Wieland Stötzel galt bisher nicht unbedingt als wortkarg. Unermüdlich wettete er gegen die Sanierung des Erwin-Piscator-Hauses. Wäre es nach dem CDU-Mann und seiner Fraktion gegangen, hätte die Stadt eine millionenschwere Eventarena auf der grünen Wiese gebaut. Kaum eine Stadtverordnetenversammlung verging, ohne dass er nach mehr Parkplätzen gerufen hätte. Mit starken Worten verteidigte Stötzel den Marktfrühschoppen noch zu einem Zeitpunkt, an dem für viele Marburger dieses Ereignis bereits längst Geschichte war.

Am 30. Juni, dem Tag seiner Wahl zum Bürgermeister, blieb der CDU-Mann aber seltsam wortkarg. Weder stellte er seine politischen Ziele vor, noch beantwortete er kritische Fragen aus den Reihen der Stadtverordneten. Angeblich verböte das die Hessische Gemeindeordnung. Vielleicht aber sorgte er sich vielmehr, dass ihm etwaige Ausführungen Stimmen bei der SPD kosten könnten?

Wortkarg blieb nämlich auch die Marburger SPD-Fraktion. Entgegen aller Gepflogenheiten schwiegen sich die Sozialdemokraten über ihren künftigen Bürgermeister aus. Auch von den Bürgern für Marburg (BfM), immerhin selbsternannter Steigbügelhalter von Mitte-Rechts, war in der Debatte nichts zu hören. Lediglich die Marburger Linke und die Grünen attackierten die bisherige Politik Stötzels. Im Anschluss wurde Stötzel mit Stimmen von SPD, CDU und BfM zum neuen Bürgermeister gewählt.

Jan Schalauske



Keine Privatisierung von Autobahnen!

Infrastruktur muss in öffentlicher Hand bleiben!

▲ Lise Kula, Bundestagskandidatin der LINKEN im Wahlkreis Marburg und Stadtverordnete

Im Eilverfahren peitschte die Große Koalition am Ende der Legislaturperiode dreizehn Änderungen des Grundgesetzes durch. Damit soll auch der Privatisierung von Autobahnen und Fernstraßen Tür und Tor geöffnet werden. Dazu soll eine privatrechtliche Bundesfernstraßengesellschaft gegründet werden, die in Zukunft den Betrieb der Autobahnen verwalten soll.

Durch diese Entscheidungen wer-

den zum einen die demokratische Kontrolle durch den Bundestag und zum anderen Möglichkeiten für Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben erheblich erschwert. Gleichzeitig werden sogenannte Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) in das Grundgesetz aufgenommen und somit als eine Form des Fernstraßenbaus festgeschrieben. Dabei handelt es sich um funktionale Privatisierungen, die den Staat in

den meisten Fällen teurer zu stehen kommen, als der herkömmliche öffentliche Straßenbau. Auch hier gibt der Staat freiwillig demokratische Kontrollaufgaben ab, um vermeintlich effizienter bauen zu können.

Wie effizient ÖPPs sind, ist am prominenten Beispiel der Elbphilharmonie zu erkennen, deren Kostenexplosion bundesweit für Aufregung sorgte. **Fortsetzung S. 3**

Lokschuppenplanung ohne Auswahl

Marburger Linke fordert Neuanfang nach dem Scheitern des Auswahlverfahrens



Foto: Nico Biver

▲ Zentral gelegen, ist der Lokschuppen nicht nur für Investoren von Interesse

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am letzten Junitag ging es hoch her. Wenige Tage zuvor war eine kleine Bombe eingeschlagen. Die bisherigen Konkurrenten Schneider

Mogelpackung KiBaP

Mit dem von der SPD eingebrachten und von der ZIMT-GroKo in der Stadtverordnetenversammlung durchgesetzten Kita-Bau-Programm sollen in den nächsten fünf Jahren jeweils 1,5 Mio. Euro in die dringend benötigte Erneuerung und Sanierung der bestehenden Kitas fließen. Klingt gut, hat aber zwei Haken: Wie aus der Antwort auf eine kleine Anfrage der Marburger Linken hervorgeht, hat die Stadt in den letzten fünf Jahren jeweils drei bis vier Mio. Euro pro Jahr in Sanierung und Neubau der Kitas investiert. Damit legt die Mitte-Rechts-Mehrheit ein klares Kürzungsprogramm vor, wieder mal im Sozialbereich. Zweitens ist – so OB Spies im Sozialausschuss – kein Ausbau der Kita-Plätze vorgesehen, und das, obwohl absehbar schon sehr kurzfristig Mehrbedarf da ist.

Im letzten Jahr wurden in Marburg über 50 Kinder mehr als im langjährigen Durchschnitt geboren, von denen erfahrungsgemäß nächstes Jahr etwa 35 einen Krippenplatz und in drei Jahren alle einen Kitaplatz brauchen. Da wäre vorausschauende Sozialpolitik vonnöten.



Roland Böhm

GmbH und C&P, zwischen deren Konzepten zur Ausgestaltung des Lokschuppens sich die Stadtverordneten entscheiden sollten, präsentierten sich nunmehr als Partner – mit dem Christus-Treff im Huckepack. Mehr noch: Die Integration des Christus-Treffs, bisher nur im Konzept von Schneider vorgesehen, wurde zur Bedingung für die gemeinsame Planung. Damit ist das Ausschreibungsverfahren

ad absurdum geführt. Es stellt sich die Frage, wer hier eigentlich das Sagen hat. Kürzlich konnte man über die Stammsitzenerweiterung der Schneider GmbH lesen. Die ausführende Baufirma ist niemand Geringeres als C&P. Ein Skandal, wenn sich jetzt herausstellen sollte, dass es in Wirklichkeit nie eine Alternative, nie zwei Bieter gab. Wieder einmal zeigt sich das unschöne Gesicht der Privatisierung.

Die geschäftlichen Beziehungen der beiden Bieter und das Zusammengehen der einstigen Konkurrenten stellen eine völlige Verzerrung des Verfahrens dar. Unklar ist, seit wann die verantwortlichen politischen Akteure davon wussten. Die Marburger Linke beantragte daher, zeitnah nach den Sommerfe-

rien eine Bürgerversammlung einzuberufen. Die Stadtgesellschaft, das Auswahlgremium, die Stadtverordneten, kurz alle an der demokratischen Partizipation Interessierten wollen ernst genommen werden. Denn nach dem Desaster steht das Verfahren wieder am Ausgangspunkt.

Nach Überzeugung der Marburger Linken sollte das Kulturdenkmal Ringlokschuppen weiterhin in öffentlicher Hand bleiben. Es ist die Aufgabe der Stadt, unter anderem auch durch Landes- und Bundesmittel, solche Schätze bestmöglich zu erhalten und für künftige Generationen zu bewahren. Es wurde leider mehrheitlich anders entschieden.

Auf alle Fälle muss man neu ausschreiben, damit zwischen wirklichen Alternativen entschieden werden kann. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es mit Rotkehlchen, Theater GegenStand in der Waggonhalle und Kletterhalle bereits ein gewachsenes soziokulturelles Leben gibt. Früh wurden Bedenken zum Mitbewerber Christus-Treff wegen homophober Tendenzen geäußert. Hier ist Konfliktpotenzial vorhanden, das eine gute nachbarschaftliche Beziehung erschweren würde, was nicht im Sinne der Stadt ist. Eine Mehrheit im Stadtparlament entschied sich dafür, das Auswahlgremium im August zusammenzurufen. Auswählen kann es allerdings nicht.

Tanja Bauder-Wöhr



Foto: Nico Biver



▲ Wo das SoftwareCenter steht, wurden 1933 Bücher verbrannt

Gedenken an Bücherverbrennung

Fast alle Fraktionen im Stadtparlament haben zugestimmt – mit Ausnahme der Bürger für Marburg (BfM), die sich enthalten haben: „Um an die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 um 22 Uhr auf dem Kämpfrasen zu erinnern, wird an Ort und Stelle (heute Technologie- und Beratungszentrum – TTZ – Softwarecenter 3) eine Gedenktafel errichtet.“ Das ist ein schöner Erfolg für die Geschichtsaufarbeitung der Stadt Marburg. Die Mar-

burger Linke hat ihn auf den Weg gebracht.

Jetzt wird geprüft, ob die Täter der Studentenschaft und andere namentlich auf der Gedenktafel genannt werden. Ebenso könnten die verfeimten Bücher aufgeführt werden. Gemeinsam mit der Geschichtswerkstatt soll das Projekt bis zum nächsten Jahrestag 2018 umgesetzt werden.

Inge Sturm



Alle gegen Identitäre

Besorgt zeigte sich das Stadtparlament über die Aktivitäten der rechten „Identitären Bewegung“ in Marburg und bezeichnete diese gewaltbereite Gruppierung als nicht willkommen. „Marburg ist eine vielfältige Stadt – hier ist kein Platz für Rassist*innen und Neonazis“ hieß es im Antrag der Marburger Linken. Anfang Mai hatte es erstmals Aktionen der „Identitären“ in Marburg gegeben. Sie verteilten Flugblätter, klebten Plakate und hängten zwei Transparente auf.

Keine Ehrung für NS-Bürgermeister

Der Walter-Voß-Weg ist umbenannt, und zwar in Katharina-Eitel-Weg. Das hat die Stadtverordnetenversammlung in der letzten Sitzung vor der Sommerpause beschlossen. Zudem wurde dem langjährigen NS-Bürgermeister die Verdienstmedaille der Stadt entzogen.

Beide Entscheidungen gehen auf eine Initiative der Fraktion Marburger Linke zurück. Sie hatte dies als Konsequenz aus der ebenfalls von ihr angeregten Studie über die NS-Belastung von Marburger Kommunalpolitiker/innen gefordert. OB Dr. Thomas Spies bezog auch die Anwohner der Straße in diesen Entscheidungsprozess ein. Die jetzige Namensgeberin, Katharina Eitel, eine herausragende Marburger Künstlerin der Gegenwart, lebte in der Straße. Auf sie geht zudem eine Millionstiftung zur Förderung von Bildungsprojekten für Kinder in Krisengebieten, insbesondere auch im israelisch-palästinensischen Konflikt, zurück.

Diese erfreuliche Entscheidung reiht sich ein in eine schon lang andauernde, aber stetige Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Marburg, die die Marburger Linke auf den Weg bringen konnte. Die Umbenennung des Albert-Demnitz-Weges, der als Behringwerke-Betriebsleiter in die Menschenversuche im KZ Buchenwald verstrickt war, der Gedenktag für die aus Marburg deportierten und ermordeten Sinti und Roma, die individuelle Zwangsarbeiterentschädigung sowie die jetzt beschlossene Gedenktafel zur Bücherverbrennung gehören dazu.

Die Aufgabe bleibt jedoch weiterhin aktuell. So muss die Rolle des langjährigen FDP-Nachkriegsbürgermeisters Karl-Theodor Bleek untersucht werden, der als NSDAP-Mitglied in den Jahren der Verfolgung, Ausraubung und Deportation der zweitgrößten jüdischen Gemeinde in Deutschland, in Breslau, Kämmerer und damit zweitwichtigster Kommunalpolitiker war.

Henning Köster



Marburg nach dem 2. Juni 1967

Mit dem Tode Benno Ohnesorgs begann auch in Marburg eine beispiellose Politisierung

Im Sommersemester 1966 drehte der Fernseh-Journalist Thilo Koch in Marburg einen Film mit dem Titel „Student sein in Deutschland“. Auf heutige Zuschauer/innen wirkt er wie der Bericht von einer ethnologischen Exkursion. Drei Mitglieder des Marburger SDS erzählten am Marktbrunnen etwas von Notstandsgesetzen und Vietnam. Als ebenso bemerkenswert wurden die Sitten und Gebräuche von schlagenden und farbentragenden Korporationen gezeigt. Im Übrigen hörte man: Studentinnen durften nach 22 Uhr keinen „Herren-“, Studenten keinen „Damenbesuch“ haben – das empfand man denn doch allmählich als veraltet. Die Studierendenzahlen nahmen zu, die Uni war ihnen räumlich und institutionell nicht mehr gewachsen. Es tat sich was – aber noch war nicht klar, wohin die Reise ging.

Ein halbes Jahr später sah das schon anders aus: In Bonn schloss die SPD eine große Koalition mit der CDU/CSU. Ihre akademische Nachwuchsorganisation, der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), begann sich von ihr abzuseilen. Der Studierendenverband der FDP verstand sich als außerparlamentarische Opposition. Am Wilhelmsplatz etablierte sich ein „Club Voltaire“.

Als in der Nacht vom 2. auf den 3. Juni 1967 aus Berlin die Nachricht kam, in der Stadt sei auf einer Demonstration gegen den Schah von Persien ein Student erschossen worden, löste dies auch in Marburg Entsetzen aus – nicht nur bei den linken Gruppen, sondern in der Breite der Studierendenschaft und dort unter denen, die sich bis dahin als unpolitisch verstanden hatten. Das hatte auch etwas mit der Person des Getöteten zu tun: Benno Ohnesorg war unorganisiert, kein Aktivist, es war seine erste Demonstration. Er war gelernter Schaufensterdekorateur, kam vom zweiten Bildungsweg, seine Frau erwartete ihr erstes Kind. Wenn ausgerechnet er Opfer einer Polizeikugel wurde – war dann nicht etwas dran an den



▲ Für die Sendung „Student sein in Deutschland“ sprach der NDR-Journalist Thilo Koch (r.) 1966 vor dem Marktbrunnen mit Vertreter/innen des Marburger SDS: Helmut Becker, Helge Knüppel und unser Autor und spätere Marburger Hochschullehrer Georg Fülberth (v.l.n.r.)

ständigen Warnungen vor den Gefahren einer künftigen Notstandsverfassung?

Als der AStA und politische Studierendengruppen zu einer Demonstration aufriefen, stellte sich die Frage: wohin? Eine Studentin schlug vor: zum Berliner Bären. Er stand am Wilhelmsplatz auf einem kleinen Sockel, auf dem zu lesen ist, bis Berlin seien es 560 Kilometer – ein Dokument der damaligen Kalte-Kriegs-Hysterie, auf die auch die besondere Berliner Frontstadt-Gewalttätigkeit zurückging, die sich in dem Schuss auf Benno Ohnesorg entlud.

Die Demonstration, etwa 2000 Menschen, war die größte, die man

seit langem in Marburg erlebt hatte. Sie war still – ein Schweige“marsch“ –, ohne Sprechchöre, für wohl die meisten Teilnehmer/innen war es die erste Kundgebung dieser Art. Von der Staatsmacht aber hatten die Studierenden in Marburg nichts zu fürchten. Der Polizeidirektor Czerny hatte dem AStA zugesichert, dass er mit ein paar Beamten selber kommen werde – formell zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, zugleich aber auch aus Sympathie.

An diesem Tag begann in Marburg eine breite Politisierung, in der man sich zunächst nicht zerstritt, sondern ziemlich einig war.

Georg Fülberth

Fortsetzung von S. 1

Keine Autobahnprivatisierung!

An dieser Form des Ausbaus öffentlicher Infrastruktur verdienen Versicherungen und andere Großanleger – der Steuerzahler muss dafür extra blechen.

Schäubles Vorhaben, Teile der öffentlichen Infrastruktur dem privaten Markt zu öffnen, wird von den beiden Bundtagsabgeordneten des Kreises, Stefan Heck (CDU) und Sören Bartol (SPD), mitgetragen. Beide verteidigen die Grundgesetzänderungen und sprechen sich für ÖPPs aus. Sie schmücken sich beide mit dem kommenden Ausbau der A 49 im Landkreis, der über ÖPP

laufen soll. Die vom Bundesrechnungshof geäußerten Bedenken bezüglich der Wirtschaftlichkeit der ÖPP-Finanzierung spielen für sie keine Rolle.

Ich bleibe dabei: Die Privatisierung der Autobahnen ist eine Enteignung der öffentlichen Hand und eine Belastung für die Steuerzahler. Der Ausbau öffentlicher Infrastruktur muss demokratisch, öffentlich finanziert und ökologisch nachhaltig sein sowie eine sozial-ökologische Verkehrswende zum Ziel haben. Öffentliche Infrastruktur gehört in öffentliche Hand! Lise Kula

Termine

regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. im Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats. Nächste am 17. August, 19.30 Uhr

► **Marburger Linke** erweiterte Fraktion, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG** freitags, 15.30 Uhr

► Studierendenverband **SDS.die linke**, dienstags, 20.00 Uhr, www.sds-marburg.de

► Stammtisch der **LINKEN Marburg** 1. Mittwoch im Monat, ab 20 Uhr, Gaststätte Schamdan, Weidenhäuser Str. 72, Marburg

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf und Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Renate Bastian (verantwortl.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Hajo Zeller
Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 5.7.2017

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Ich will:

■ **Infos über Treffen und Veranstaltungen**

■ **Mitglied werden**

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

SPD und DVAG haben sich wieder lieb

Laut SPD-Rechenschaftsbericht fließen wieder Spenden von Pohl-Firma

Die alljährliche Veröffentlichung der Rechenschaftsberichte der Parteien durch den Bundestag erfolgt in der Regel ohne Überraschungen. Am Spendenverhalten der deutschen Wirtschaft änderte sich auch 2015, laut den im Juni 2017 veröffentlichten Berichten, nicht viel. Die CDU/CSU profitierte wie immer am meisten von der Spendierfreude deutscher

Konzerne und Wirtschaftsverbände. Mit Abstand folgen SPD und Grüne. Schlusslicht ist DIE LINKE, die solche Spenden ablehnt. Die Zahlen der FDP liegen noch nicht vor.

Auch 2015 gehörte die Deutsche Vermögensberatung (DVAG) der Marburger Pohl-Milliardäre und ihre Tochterfirmen zu den Top-Spendern der Republik. Meistbegünstigt ist seit jeher die CDU, gefolgt von der

FDP, beides Parteien, denen der nationalkonservative Firmengründer Dr. Reinfried Pohl mal angehörte. Aus den jetzt veröffentlichten Berichten für 2015 geht hervor, dass die CDU 255.000 Euro einkassierte, 100.000 mehr als 2014.

SPD und Grüne kamen erst ab 2009 in den Genuss gelegentlicher Spenden des DVAG-Komplexes. Damals hatte Pohl die Marburger Ehrenbürgerschaft erhalten und der Gewerbesteuerhebesatz war gesenkt worden. Die Marburger Grünen erhielten 10.000 Euro und die Marburger SPD gab zu, 15.000 Euro erhalten zu haben.

Beide Marburger Parteien wollen seitdem kein Pohl-Geld mehr bekommen haben. Obwohl 2010 85.000 Euro an die SPD flossen und 2011 und 2012 jeweils 50.000 Euro, stritt die Marburger SPD ab, dass das Geld an sie gespendet wurde. 2013 und 2014 blieben die Spenden für die SPD allerdings aus, während die Grünen (die Bundespartei) mit 20.000 bzw. 40.000 Euro beglückt wurden.

Im jetzt veröffentlichten Rechenschaftsbericht der SPD für 2015 sind wieder 25.000 Euro der DVAG verbucht. Zahlen für die Ortsverbände werden nicht einzeln veröffentlicht, aber dass das Geld nach Marburg ging, ist nicht unwahrscheinlich, weil der Bezirk Hessen-Nord, zu dem die Marburger SPD gehört, einen Anstieg von Firmen- und Organisationenspenden für die Ortsverbände von 8.640 auf 37.000 Euro aufweist.

In die Zeit, in der die SPD auf Pohl-Spenden verzichten musste, fiel der Streit um die 4-Millionen-Spende des 2014 verstorbenen Firmengründers an die Stadt für einen Schrägaufzug zum Schloss, die dann für andere Zwecke ausgegeben wurde. 2015 einigten sich die Erben mit OB Vaupel darauf, dass die Stadt 3 Mio. Euro neu verteilt. Eine Spende von 1,5 Mio. Euro an eine Pohl-Stiftung ist im Haushalt 2017 vorgesehen.

Man darf also gespannt sein, ob der SPD auch 2016 und 2017 für ihr Entgegenkommen gedankt wurde.

Nico Biver



Foto: Thorsten Richter

▲ Am 17. Mai sprach der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag und ihr Spitzenkandidat für die Wahl am 24. September Dietmar Bartsch (L., mit Jan Schalauske) vor über 100 Gästen in Marburg

Wo bist Du am 24. September?

Falls Du Deinen Erstwohnsitz in Marburg hast, wäre es gut, wenn Du hier wärst. Denn nur dann kannst Du in Deinem Wahllokal an der Bundestagswahl teilnehmen.

Falls Du verreist bist oder auswärts jobbst, hilft nur eins: die Briefwahl.

Du musst beim Wahlamt der Stadt Marburg (oder einer anderen Gemeinde, wo Du Deinen Hauptwohnsitz hast) einen Wahlschein und die Briefwahlunterlagen beantragen. Das kannst Du mit der Wahlbenachrichtigung machen, bei der auf der Rückseite ein Antragsformular vorgedruckt ist, oder mit einem formlosen schriftlichen Antrag per Brief, Postkarte, Telegramm, Telefax oder E-Mail unter Angabe des Vor- und Familiennamens, des Geburtsdatums, Deiner Anschrift und der An-

schrift, wo die Unterlagen hingeschickt werden sollen. Ab dem 14. August kannst Du sie in Marburg auch auf der Homepage der Stadt beantragen.

Ab diesem Tag werden der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen verschickt: an Deinen Erstwohnsitz oder an jede andere Adresse – auch im Ausland.

Bis spätestens 18.00 Uhr am 24. September müssen die Wahlunterlagen im Rathaus eingegangen sein.

Am einfachsten ist es, ab dem 14. August mit dem Perso zum Rathaus zu gehen, die Briefwahl zu beantragen und dort die Unterlagen gleich auszufüllen und abzugeben.

Am 24. September verreist? Briefwahl beantragen!